

Der Braunkohle-Ausstieg

Mirko Bischoff

Worin besteht der Konflikt?

Es geht um den Braunkohleausstieg zugunsten des Klimas, um die Interessen der Industrie, um Arbeitsplätze.

Dabei stehen sich zwei Lager gegenüber: auf der einen Seite die Industrie und die Kohlekumpel, die ihre Arbeitsplätze nicht verlieren wollen, und auf der anderen die Klimaschützer, die den Ausstieg aus der Braunkohle am liebsten sofort beginnen würden. Diese beiden Lager demonstrierten vor allem im Jahr 2018 erbittert im Hambacher Forst. Dabei ging es jedoch um viel mehr als die Abholzung eines Waldes. Der grundlegende Konflikt ist sehr viel größer, als es auf den ersten Blick scheint.

Der Klimawandel ist real. Die Auswirkungen von Treibhausgasen auf das Klima sind hinreichend bekannt. Daher ist es das nationale Ziel, den CO₂-Ausstoß bis 2020 um 40 Prozent, bis 2030 um 55 Prozent und bis 2050 um 80 bis 95 Prozent (im Vergleich zu 1990) zu reduzieren. Die in der EU beschlossenen Zielvereinbarungen stimmen bis 2050 mit 80 bis 95 Prozent weniger Ausstoß überein, beginnen jedoch niedriger, indem bis 2020 20 Prozent und bis 2030 40 Prozent reduziert werden sollen.

Auf internationaler Ebene hat sich Deutschland durch verschiedene internationale Abkommen verpflichtet, den CO₂-Ausstoß zukünftig dramatisch zu reduzieren. Der Braunkohle kommt hierbei eine zentrale Rolle zu, denn sie hat deutschland- und weltweit einen sehr hohen Anteil an der CO₂-Emission und gehört damit zu den Hauptursachen für die Erderwärmung. Zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes ist der Ausstieg aus der Braunkohle daher unumgänglich. Es ist dabei jedoch zu beachten, dass derzeit



Mirko Bischoff

Fachbetreuer Sozialkunde für Gymnasien in Sachsen-Anhalt

durch den Braunkohleabbau noch immer ein Viertel des deutschen Stroms erzeugt wird.

Es ergibt sich demnach nicht die Frage, *ob* der Braunkohleausstieg gelingen kann, sondern *wie* er zu gestalten ist. Dafür rief die Bundesregierung 2018 eine Kommission mit dem Titel „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ ins Leben. Diese setzte sich aus 31 Vertretern von Umweltverbänden, Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft und Kommunen zusammen. Die Idee war, die verschiedenen Interessen zusammen an einen Tisch zu bekommen, um eine Empfehlung für die Realisierung des Ausstieges aus der Braunkohleindustrie zu finden, die dann durch die Politik in ein Klimaschutzgesetz gegossen werden soll. Eine Mammutaufgabe.

Teresa Dapp und Andreas Hoenig stellen die Grundfragen:

„Was passiert mit den Menschen, die ihre Arbeit verlieren? Wie wird die Stromversorgung gesichert? Was passiert mit alten Tagebauen? Müssen die Energiekonzerne entschädigt werden, und wenn ja, wie? Neben diesen Fragen geht es zudem darum, wann der Ausstieg stattfinden kann.“

Quelle: Braunkohle-Ausstieg Strom, Klima, Jobs - Warum die Kohlekommission so wichtig ist (Berliner Zeitung, Teresa Dapp und Andreas Hoenig, dpa, 06.06.18) <https://www.berliner-zeitung.de/wirtschaft/braunkohle-ausstieg-strom--klima--jobs--warum-die-kohlekommission-so-wichtig-ist-30574234>

Welche unterschiedlichen Interessen direkt vom Braunkohleausstieg betroffen sind

Der Ausstieg aus der Braunkohleindustrie ist für Deutschland unabwendbar. Daher stehen sich nicht die Positionen gegenüber, ob ein Ausstieg möglich ist oder nicht, sondern wie und vor allem wann der Ausstieg gewährleistet werden kann. Dabei spielen verschiedene Aspekte eine Rolle, die verschiedene Interessengruppen betreffen.

Dapp und Hoenig (2018) fassen unter anderem folgende Positionen zum Ausstiegsdatum zusammen:

„Greenpeace etwa will den Ausstieg schon bis 2030. Umweltschützer pochen auch auf ein sofortiges Aus für besonders schmutzige Kraftwerke – vielen ist der schnelle Einstieg in den Ausstieg wichtiger als ein Enddatum, weil es auf jede nicht ausgestoßene Tonne CO₂ ankomme. Vertreter der Wirtschaft und der Kohleländer halten dagegen, es sei ausgeschlossen, innerhalb weniger Jahre den Energiebedarf durch Wind und Sonne zu decken, da Deutschland bis 2022 auch noch aus der Atomkraft aussteige. Manche nennen das Jahr 2045.“

Somit stehen sich Organisationen des Umweltschutzes und Vertreter der Wirtschaft gegenüber. Aber auch die Interessen von ca. 21.000 Menschen, die laut Braunkohleverband direkt in Braunkohlerevieren arbeiten, sind von zentraler Bedeutung. 8.000 von ihnen sind hierbei in der Lausitz in Brandenburg beschäftigt. Für viele Familien ist die Braunkohle die Lebensgrundlage. Ein sofortiger Ausstieg hieße für diese Leute und ihre Regionen den finanziellen Ruin. In einem Interview der Süddeutschen Zeitung von 2018 erklären fünf Menschen, inwiefern sie die Energiewende betrifft und welche Ängste sie damit verbinden.

„Wir brauchen hier in der Lausitz doch eine Perspektive. Niemand kann sich vorstellen, wie das hier funktionieren soll, wenn die Braunkohle mal nicht mehr ist. Die Politik redet von Strukturförderung, aber

das tut sie schon seit 25 Jahren, und es ist seitdem ja nur noch weniger geworden. Da wird auch nichts passieren, selbst wenn die Kanzlerin 100 Millionen Euro hierhin schickt. Es wird zappenduster, wenn die Energiebranche mal nicht mehr ist. Das fängt beim Bäcker an und hört beim Taxi auf, die ja indirekt auch davon profitieren.“ (Frank Schott, Schichtleiter, Kraftwerk Jänschwalde).

„Diese Industrie bedeutet für die Region alles. Aus meinem Abiturjahrgang ist noch ein Achtel hier, und alle leben direkt oder indirekt von der Branche. Es ist eine super Ausbildung, es gibt gutes Gehalt, mal ehrlich, deswegen bin ich auch hier geblieben. Wenn das mal zu Ende geht, dann muss ich meine Zelte einpacken. Wir haben hier keine Großindustrie, nichts Vergleichbares.“ (Tom Rösel, Schichtmeister Kraftwerk Jänschwalde).

„Ich lasse malern bei mir, ich kaufe eine Küche, von meinem Geld kann hier auch der Mittelstand leben – dieses Geld ist dann weg. Wenn Müller, Meier, Schulze oder eben Herrmann keinen Job mehr haben, dann hat Meister Klecks auch keinen Job mehr. Und gehen Sie im Osten mal die Landkarte mit dem Finger lang. Es gibt die PCK-Raffinerie in Schwedt, im Süden BASF und es gibt uns - das sind drei große Arbeitgeber, und dann ist erst mal Schluss.“ (Heiko Herrmann, Schichtleiter Kraftwerk Jänschwalde).

„Die Politik hatte ja auch gehofft, der Energieverbrauch würde mal zurückgehen. Wir haben aber immer mehr technische Geräte, und jetzt soll auch noch die Elektromobilität durchgesetzt werden. Die Braunkohle ist die einzige Energiequelle, die wir unabhängig vor Ort haben. Bei all den Putins in der Welt ist das vielleicht nicht ganz unwichtig.“ (Andreas Rösel, Hausverwaltung Kraftwerk Schwarze Pumpe).

Quelle: Braunkohleausstieg „Wir haben immer gedacht: Wir werden gebraucht“ Süddeutsche Zeitung, Protokolle von Cornelius Pollmer, 3. Februar 2018 <https://www.sueddeutsche.de/politik/braunkohleausstieg-wir-haben-immer-gedacht-wir-werden-gebraucht-1.3852005>

Doch es geht bei den Betroffenen nicht nur um die berufliche Existenz. Auch die Anerkennung ihrer Arbeit als Ingenieure und gut ausgebildete Fachkräfte in verschiedenen Bereichen, die noch immer große Anteile des derzeitigen Stromverbrauchs Deutschlands sichern, fehlt in der Diskussion um die Energiewende merklich. Zudem ist der Braunkohleabbau ein Industriezweig mit Tradition.

Die Partei Bündnis 90/Die Grünen bedenkt die Interessen der Beschäftigten, argumentiert aber, dass deren Anzahl sich im nächsten Jahrzehnt deutlich verringern wird. Aus ihren Ausführungen wird deutlich, dass die wirtschaftliche Existenz der Menschen nicht durch das Aufrechterhalten der alten Strukturen gewährleistet werden kann, sondern dass in die Umstrukturierung zu Gunsten des Braunkohleausstiegs investiert werden müsse.

„Der Altersdurchschnitt in diesem Bereich ist relativ hoch. Das heißt, ein guter Teil der Beschäftigten geht in den nächsten 10 bis 15 Jahren in Rente. Dann muss man schauen, was mit den anderen Beschäftigten ist. In der Lausitz ist es so, dass man sich bereits auf den Weg gemacht hat zu schauen, was können die Zuliefererfirmen in Zukunft machen in der Frage Speichertechnologie, aber auch in der Frage Batteriezellenforschung zum Beispiel. Dann sind es natürlich andere Bereiche, die man angehen muss.“

Wir haben einen Staatsvertrag für die Lausitz vorgeschlagen, wo wir gesagt haben, der Bund steht hier auch in der Pflicht, mit großen Investitionen mit in die Lausitz reinzugehen. Zum Beispiel sind Teile der Bundesknappschaft gerade da. Ein zweiter Teil könnte dazukommen. Im rheinischen Revier wären das andere Bereiche, wo man aktiv werden kann. Da sieht das mit der Arbeitsplatzfrage anders aus. Da gibt es einen absoluten Fachkräftemangel in der Region.

Man ist es beim Steinkohlebergbau ja auch gemeinsam angegangen und deswegen braucht man diesen Transformationspfad auch für die Braunkohle. Das ist gemeinsam aber zu schaffen, wenn sich die Akteure, die da jetzt mit am Tisch sitzen, auf diesen Weg machen.“

Quelle: „Die Klimakrise wartet nicht, bis wir zu Pote kommen“ (Deutschlandfunk, Annalena Baerbock Die Grünen) im Gespräch mit Mario Dobovisek, 06.06.2018). <https://www.deutschlandfunk.de/braunkohle->

ausstieg-die-klimakrise-wartet-nicht-bis-wir-zu.694.de.html?dram:article_id=419653.694.de.html?dram:article_id=419653

Neben den Beschäftigten in der Braunkohleindustrie gibt es weitere Abhängige durch die Verflechtung von Kommunen und Energieunternehmen, welche vor allem im Ruhrpott sehr groß ist. RWE stellt nicht nur in der Stadt Essen einen wesentlichen Partner im sozialen Bereich dar. Verschiedene Kommunen sind derzeit mit ihren Pflichtaufgaben und wenig Einnahmen auf Gelder, wie die RWE-Dividenden, angewiesen und stehen damit in Abhängigkeit vom Braunkohleabbau.

„Doch nach der Energiewende war die jährliche Ausschüttung von RWE an die Anteilseigner zwischenzeitlich weggebrochen und der Wert der Aktie abgesackt. Aber in diesem Jahr gibt es eine Sonderdividende, die in die Stadtkasse strömt.

Wenn wir diese Aktien jetzt verkaufen würden, dann hätten wir zwar weniger Schulden, das ist erst Mal ein positiver Effekt. Wir haben keine Einnahmen, und die brauchen wir, weil wir eben eine hohe Soziallast tragen. Wir sind eine Region mit sehr viel Langzeitarbeitslosigkeit, wir sind eine Region, die sehr viele Flüchtlinge aufgenommen hat. Das alles muss finanziert werden und das wird eben auch mit der Dividende der RWE-Aktie finanziert.“

Quelle: Braunkohle 1,5 Milliarden Euro zusätzlich – Kommission will Kohlereviere langfristig stärken (Handelsblatt, Dennis Schwarz, 12.10.2018); <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/braunkohle-1-5-milliarden-euro-zusaetzlich-kommission-will-kohlereviere-langfristig-staerken/23180370.html?ticket=ST-5087114-XfsN4mE1PdBU2Odfiw-ap6>

„Man könnte es so pauschal ausdrücken, wenn es RWE schlecht geht, dann geht es Essen auch schlecht bzw. die eingeplanten Dividenden fallen weg.“

„Essen habe erst Ende Januar einen Nachtragshaushalt mit 132 Millionen Euro zusätzlich für die Versorgung von Flüchtlingen vorgelegt, sagte der Kämmerer. Das Defizit der Stadt verzehnfachte sich demnach von 3,4 auf 37 Millionen Euro. Nun fielen zusätzlich bereits eingeplante Millionen weg.“

Quelle: RWE-Krise wird für Kommunen zum Albtraum (Spiegel Online, mmq/dpa/Reuters, 17.02.2016); https://www.deutschlandfunk.de/hambacher-forst-rwe-kommunen-profitieren-von.697.de.html?dram:article_id=428288

Doch nicht nur die Kommunen und die unmittelbar betroffenen Abbauregionen fürchten um wirtschaftliche Einbußen. Auch deutschlandweit brächte ein unüberlegter Austritt aus der Braunkohleindustrie ungeahnte Folgen. Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke äußerte sich in einem Interview der Berliner Zeitung im Januar 2018 mit klaren Worten:

„Ein überhasteter, schneller Braukohleausstieg hat Folgen für die gesamte deutsche Industrie, weil sich der Strompreis deutlich erhöhen würde und dann alles, was an energieintensiver Industrie in Deutschland ist, zusätzliche Probleme im Wettbewerb bekommen würde. Es gibt Branchen, die hätten dann in Deutschland keine wirtschaftliche Perspektive mehr. Ich denke da an die chemische Industrie, die Stahlindustrie oder die Papierindustrie – alles Wirtschaftszweige, die auch für Brandenburg immens wichtig sind, aber auch für Deutschland insgesamt“

Quelle: Ministerpräsident Dietmar Woidke „Energiewende bedeutet Umverteilung“ (Berliner Zeitung, Rochus Görgen, 02.01.18); <https://www.berliner-zeitung.de/berlin/brandenburg/ministerpraesident-dietmar-woidke-energiewende-bedeutet-umverteilung--29417410>

Den wirtschaftlichen und sozialen Aspekten stehen die Umwelt- und Klimaschutz-Gesichtspunkte bzw. die gesetzlichen Vorgaben, zu denen sich die Bundesregierung verpflichtet hat, gegenüber. Annalena Baerbock, Grünen-Vorsitzende, plädiert für ei-

nen unverzüglichen Austritt aus dem Braunkohleabbau. In einem Interview des Deutschlandfunks im Juni 2018 verweist sie entschieden auf die Klimaziele Deutschlands bis 2020.

„Das Problem ist, die Zeit rennt uns davon. Wir haben eigentlich Klimaziele, dass bis 2020, also in knapp zwei Jahren, 40 Prozent CO₂ reduziert sein müssen. Wir sind meilenweit davon entfernt. Und man schafft dieses Klimaziel nur, wenn man jetzt erhebliche Kohleblöcke vom Netz nimmt.“ (Annalena Baerbock, Grünen-Co-Vorsitzende)

Es gibt noch weitere Akteure, die durch die politischen Entscheidungen in das Thema involviert sind.

„Rein juristisch befindet sich RWE im Recht. Der Abbau im Hambacher Erweiterungsgebiet bis 2040 ist dem Konzern genehmigt worden. Aber es gibt eben auch neuere Klimastudien, die einen dramatischen Anstieg der mittleren Temperaturen global um weit mehr als zwei Grad vorhersagen. [...] Auf den ersten Blick ist für die meisten Menschen die Sache also klar: RWE gegen den Rest der Welt. Drei Viertel der Deutschen sind einer aktuellen Umfrage zufolge gegen die Rodung des Forsts. Sogar der Bund deutscher Kriminalbeamter äußerte sich in einer Pressemeldung überraschend klar [...] Die Kriminalpolizei kritisiert unter anderem, die im Hambacher Forst eingesetzten Beamten fehlten an anderer Stelle, die Fallzahlen in den Städten würden bereits wieder merklich ansteigen. Die Polizei würde trotz ohnehin hoher Überstundenbelastung in Hambach verheizt“ (Hajek)

Quelle: 500 Windräder könnten die Braunkohle aus dem Wald ersetzen (Wirtschaftswoche, Stefan Hajek, 21. September 2018); <https://www.wivo.de/politik/deutschland/hambacher-forst-500-windraeder-koennten-die-braunkohle-aus-dem-wald-ersetzen/23097724-all.html>

Energiesicherheit, Effizienz und ein Preis

Dapp und Hoenig (2018) legen in ihrem Bericht (siehe oben) in der Berliner Zeitung dar:

„2017 lag der Erneuerbaren-Anteil bei 36 Prozent, etwa gleichauf mit der Braun- und Steinkohle. Nach Berechnungen der Bundesnetzagentur könnte bis 2030 die Hälfte der Kohlemeiler vom Netz, ohne dass Versorgungssicherheit in Gefahr gerät. Allerdings müsse dazu unter anderem der Netzausbau planmäßig vorankommen.“

Hajek berichtet dagegen in der Wirtschaftswoche darüber, dass RWE sagt:

„Man brauche die Braunkohle aus dem Hambacher Tagebau auf jeden Fall, andernfalls gingen in Deutschland die Lichter aus. Umweltschützer, aber auch Wissenschaftler, widersprechen. Die Stromversorgung sei auf keinen Fall gefährdet.[...] Professor Bruno Burger vom Fraunhofer Institut ISE in Freiburg etwa betont immer wieder [...] Deutschland exportiert nämlich den größten Teil seines Braunkohlestroms ins Ausland. Die Hälfte der deutschen Braunkohlekraftwerke könnte man sofort abschalten, ohne dass auch nur ein Elektron an Strom für die deutsche Versorgung fehle.“

Quelle: 500 Windräder könnten die Braunkohle aus dem Wald ersetzen (Wirtschaftswoche, Stefan Hajek, 21. September 2018) <https://www.wivo.de/politik/deutschland/hambacher-forst-500-windraeder-koennten-die-braunkohle-aus-dem-wald-ersetzen/23097724-all.html>

Dem entgegen steht die Aussage von Frank Schott im Interview für die Süddeutsche Zeitung im Februar 2018.

„Was wir in dieser Sekunde verbrauchen, muss in selbiger erzeugt werden und das können die Erneuerbaren nicht leisten. Im Grunde passen die erneuerbaren Energien und das Produkt Strom in etwa so gut zusammen wie der Teufel und das Weihwasser. Es bräuchte einen Speicher, nur den kann keiner bezahlen.“

Quelle: Braunkohleausstieg "Wir haben immer gedacht: Wir werden gebraucht" Süddeutsche Zeitung, Protokolle von Cornelius Pollmer, 3. Februar 2018 <https://www.sueddeutsche.de/politik/braunkohleausstieg-wir-haben-immer-gedacht-wir-werden-gebraucht-1.3852005>

Es kann demnach gesagt werden, dass regenerative Energien den Bedarf der BRD decken könnten, wenn der Netzausbau voranschreite und in die Speicherung von Energie investiert werde. Hier spielt die Frage nach der notwendigen Zeitspanne für die Umsetzung eine wichtige Rolle.

„Dass wir in fünf Jahren die erzeugten erneuerbaren Energien flächendeckend speichern können, glaube ich allerdings auch bei besten Rahmenbedingungen nicht. Aber ich würde mich darüber freuen. Wenn die installierte Leistung aus Erneuerbaren dann auch die Versorgungsleistung über 365 Tage im Jahr ist, dann kann man aus den konventionellen Energieträgern aussteigen. Aber das wird Jahrzehnte dauern. Das ist in fünf Jahren nicht zu schaffen.“

Quelle: Braunkohle-Ausstieg Strom, Klima, Jobs - Warum die Kohlekommission so wichtig ist (Berliner Zeitung, Teresa Dapp und Andreas Hoenig, dpa, 06.06.18) <https://www.berliner-zeitung.de/wirtschaft/braunkohle-ausstieg-strom-klima-jobs-warum-die-kohlekommission-so-wichtig-ist-30574234>

Neben dem Erreichen der Klimaziele und der entsprechenden zeitlichen Umsetzung wurde bereits ein weiterer wesentlicher Aspekt in der Diskussion genannt: der Preis. Der IG-BCE-Chef Michael Vassiliadis steht der Finanzierbarkeit des Braunkohleausstiegs skeptisch gegenüber (Interview mit der Onlineausgabe DIE ZEIT)

„Wir sprechen viel zu wenig über Preise. Die Braunkohle ist im Moment der einzige subventionsfreie Energieträger. Und den wollen wir jetzt auch noch so verteuern, dass er aus dem Markt fliegt? Das halte ich für ökonomischen Irrsinn. [...] Die Grünen glauben, dass man bis 2025 oder 2030 aus der Kohle aussteigen kann. Aber wissen Sie, wie diese Zahlen zustande kommen? Weil dann die Genehmigungen für die Braunkohletagebauten enden. Aber was machen wir in der Übergangsphase? Es gibt schon heute Techniken, mit denen sich Ökostrom speichern lässt, nehmen Sie Power-to-Gas. Aber solche Techniken sind unendlich teuer.“

„Aber die Energiewende muss realistisch, sozial verantwortlich und ökonomisch vernünftig umgesetzt werden. Es gibt beispielsweise technische Herausforderungen, die noch immer ungelöst sind, wie die Speicherfrage für Strom aus erneuerbaren Energien. Durch einen Kohleausstieg kommt die Energiewende nicht voran.“

Quelle: „Das ist ökonomischer Irrsinn“ (DIE ZEIT, Marlies Uken, 24. April 2015); <https://www.zeit.de/wirtschaft/2015-04/kohle-energiewende-atomausstieg>

Zum Hambacher Forst gibt es in Bezug auf Leistung und Nutzen konkrete Berechnungen. Diese seien zwar nur theoretisch, können aber als grundlegende Ausgangsdaten dienen. In dem Artikel der Wirtschaftswoche wird hierzu eine Berechnung des Wissenschaftlers Professor Volker Quaschnig der Hochschule für Technik und Wirtschaft in Berlin vorgestellt.

„Unter dem Hambacher Forst selbst liegen – allerhöchstens – rund 100 Millionen Tonnen Braunkohle. Gemessen am Wirkungsgrad der RWE-Braunkohlekraftwerke (38 Prozent) wären das rund 0,95 kWh Strom pro Kilogramm Kohle. Das bedeutet: Unter dem Hambacher Forst liegt Braunkohle für maximal 95 Milliarden kWh Strom.“

Man benötigt etwa 500 moderne Windkraftanlagen (der 4-Megawatt-Klasse), um diese Menge Strom zu erzeugen. [...] Eine Photovoltaikanlage hält sogar 25 Jahre. Ihre Module erreichen einen Wirkungsgrad von 18 Prozent [...] Das heißt, man müsste 29 Quadratkilometer mit Photovoltaik belegen, um über die Lebensdauer der Solarstromanlagen so viel Strom zu erzeugen, dass es der Kohle aus dem Hambacher Forst entspricht.“

Da diese Berechnung für Laien nur schwer nachvollziehbar ist, wird in dem Artikel ergänzt:

„Praktisch wäre es sehr viel teurer, diese Strommenge aus Wind oder Solar herzustellen, denn aus Braunkohle – für RWE. „Für uns als Gesellschaft stimmt das nicht [...] denn die gesamten Klimafolgeschäden sind nirgendwo höher als bei Braunkohle [...] Würde man sie sauber einrechnen, müsste der Braunkohlestrom pro Kilowattstunde 10,75 Cent teurer sein“. Und damit wäre Braunkohlestrom sogar teurer als Strom aus Photovoltaik; auch Windstrom wäre dramatisch billiger.“

Quelle: 500 Windräder könnten die Braunkohle aus dem Wald ersetzen (Wirtschaftswoche, Stefan Hajek, 21. September 2018) <https://www.wivo.de/politik/deutschland/hambacher-forst-500-windraeder-koennten-die-braunkohle-aus-dem-wald-ersetzen/23097724-all.html>

Es ergibt sich daraus, dass eine Versorgung durch erneuerbare Energierzeuger durchaus im Rahmen des Möglichen liegt, diese jedoch ebenfalls finanziell gesichert werden muss. Letztlich scheint es eine Frage der Betrachtung und der Zumutbarkeit zu sein, wie teuer und in welchem Zeitraum der Braunkohleausstieg gestaltet werden kann.

Nachhaltiger Umgang mit der Natur und Umwelt

„Zeichen verursachten Bergsenkungen, ließen Halden entstehen und produzierten enorme Mengen an schmutzigem Wasser. Bei der Verbrennung der Kohle entwichen zahllose Schadstoffe, die nicht nur Schmutz erzeugten, sondern auch Gebäude schädigten und Pflanzen eingehen ließen.“

Quelle: Das Gold der Grube (ZEIT Geschichte Nr. 3/2018, Franz-Josef Brüggemeier, 9. Juni 2018); <https://www.zeit.de/zeit-geschichte/2018/03/bergbau-steinkohle-zeche-rubrgelb-industrialisierung/>

So heißt es über Braunkohleabbau und -kraftwerke. Die Natur und die Umwelt werde über den CO₂-Ausstoß hinaus weitreichend geschädigt. Allerdings dürfe dabei nicht vergessen werden, dass die Braunkohleindustrie schon seit Jahren in die Renaturierung investiert.

„Die Renaturierung der Gebiete zahlen die Braunkohleunternehmen – das ist eingepreist.“

Diese Aussage trifft Michael Vassiliadis in dem Interview mit der Wochenzeitung DIE ZEIT (siehe oben).

„Mir geht es hier um den Zusammenhang zwischen Leistung und Flächenverbrauch. Sicher, bei der Braunkohle haben Sie den Eingriff in die Landschaft. Aber die Tagebaue werden sehr verantwortungsvoll rückgebaut. Wer kümmert sich denn um die langfristigen Folgen der Erneuerbaren? Wer kümmert sich um Ihr Haus, wenn ein Investor drei Windräder daneben baut und Ihr Haus nur noch die Hälfte wert ist? Bekommen Sie dann auch eine Entschädigung wie die Leute in Bergbauregionen?“

Quelle: „Das ist ökonomischer Irrsinn“ (DIE ZEIT, Marlies Uken, 24. April 2015) <https://www.zeit.de/wirtschaft/2015-04/kohle-energiewende-atomausstieg>

Auch der Schichtmeister des Kraftwerks Jänschwalde Tom Rösler verweist auf die Renaturierung und die aktive Gestaltung der Landschaft nach dem Braunkohleabbau.

„Wenn jemand sagt, in der Lausitz sei alles verwüstet, dann soll er bitte herkommen und mal mit mir Fahrrad fahren. Es wurde in den letzten Jahren viel gemacht, Flussauen wurden angelegt, 6000 Rotbauchunken umgesiedelt, was weiß ich noch. Die Rekultivierung wird im großen Maßstab umgesetzt.“

Quelle: Braunkohleausstieg „Wir haben immer gedacht: Wir werden gebraucht“ (Süddeutsche Zeitung, Protokolle von Cornelius Pollmer, 3. Februar 2018) <https://www.sueddeutsche.de/politik/braunkohleausstieg-wir-haben-immer-gedacht-wir-werden-gebraucht-1.3852005>

Neben der Renaturierung scheint der Aspekt des größeren Flächenverbrauchs durch regenerative Energien an Bedeutung zu gewinnen. Vassiliadis betont in seinem oben zitierten Interview:

„Jetzt werden die Folgen des Wandels sichtbar. Nehmen Sie den Flächenverbrauch der Erneuerbaren. Ein großes Kohlekraftwerk konzentriert seine Leistung auf einer kleinen Fläche. Wind- und Solarparks verbrauchen für die gleiche Leistung gehörig mehr.“

Auch in Bezug auf den Hambacher Forst gibt es diesbezüglich Aussagen. In der Wirtschaftswoche erklärt der Forscher Quaschnig:

„Der Hambacher Forst selbst ist nur zwei Quadratkilometer groß. [...] Der gesamte Tagebau Hambach ist 85 Quadratkilometer groß. Davon sind bisher rund 45 Quadratkilometer in Betrieb. 15 sind bereits abgeräumt und in der so genannten Renaturierung. [...] Man benötigt etwa 500 moderne Windkraftanlagen. [...] man müsste 29 Quadratkilometer mit Photovoltaik belegen[...] um über die Lebensdauer der Solarstromanlagen so viel Strom zu erzeugen, dass es der Kohle aus dem Hambacher Forst entspricht.“

Quelle: 500 Windräder könnten die Braunkohle aus dem Wald ersetzen (Wirtschaftswoche, Stefan Hajek, 21. September 2018)

Gesetzliche Grundlagen

In der ganzen Debatte geht es auch um den Zeitpunkt des Ausstieges. Aber ist ein sofortiger Ausstieg überhaupt möglich wie politisch propagiert?

Annalena Baerbock von den Grünen erklärte im Gespräch mit dem Deutschlandfunk, dass ein zeitnaher Ausstieg gesetzlich längst hätte verankert werden müssen.

„Wenn man den Mut gehabt hätte zu sagen, ja, wir steigen ein in den Kohleausstieg, wir nehmen jetzt bis zum Jahr 2020 Kraftwerksblöcke raus, dann hätte man das politisch in ein Gesetz gießen können. [...] Man muss am Anfang jetzt das CO₂ reduzieren, damit der Pegel nicht dramatisch steigt. Deswegen sagen wir, bis zum Jahr 2020 müssten eigentlich 20 Kohleblöcke rausgenommen werden und dann schrittweise bis 2030 die weiteren, 150 Kohleblöcke gibt es an der Zahl, reduziert werden, dass man rund um das Jahr 2030 in der Stromversorgung aus der Kohle aussteigt.“

Quelle: „Die Klimakrise wartet nicht, bis wir zu Pötte kommen“ (Deutschlandfunk, Annalena Baerbock im Gespräch mit Mario Dobovisek, 06.06.2018) https://www.deutschlandfunk.de/braunkohle-ausstieg-die-klimakrise-wartet-nicht-bis-wir-zu-694.de.html?dram:article_id=419653.694.de.html?dram:article_id=419653

Laut Baerbock ist die Stilllegung der Kraftwerksblöcke also nur von politischem Mut und der daraus resultierenden Gesetzgebung abhängig. Doch gilt es auch auf rechtlicher Ebene zu prüfen, inwieweit die Anliegen Baerbocks Bestand haben können. Eine juristische Analyse durch Agora Energiewende, einem der führenden energiepolitischen Think Tanks in Europa, gibt Aufschluss über die rechtliche Grundlage des Braunkohleausstiegs.

„Aus verfassungsrechtlicher Perspektive stellt ein Kohleausstiegsgesetz insbesondere einen Eingriff in die Eigentumsgarantie (Art. 14 GG) dar. Eine Abwägung zwischen dem Gemeinwohl einerseits und dem Eigentumsrecht der Betreiber andererseits ergibt, dass abgeschriebene Kohlekraftwerke ohne Entschädigungsansprüche stillgelegt werden können. Dies ist nach 25 Jahren Betriebsdauer der Fall.“

Auch Braunkohletagebaue stehen unter dem grundgesetzlichen Schutz des Eigentums. Falls eine kurzfristige Stilllegung von Braunkohlekraftwerken auch zu einer kurzfristigen Stilllegung eines angeschlossenen Tagebaus führt, kann dies besondere Übergangsfristen oder Entschädigungszahlungen begründen.“

Quelle: Ein Kohleausstieg nach dem Vorbild des Atomausstiegs? - Eine juristische Analyse des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 6. Dezember 2016 (Agora, Becker Büttner Held [Rechtsanwälte Wirtschaftsprüfer Steuerberater], 01.08.2017); https://www.agora-energiende.de/fileadmin2/Projekte/2015/Kohlekonsens/Agora_Rechtsgutachten-Kohlekonsens_WEB.PDF

Politische Arena

Auch wenn die mediale Präsenz des Braunkohleausstiegs in den letzten Wochen abgeebbt ist, so ist sie doch in der politischen Arena angekommen. Gegenwärtig diskutiert der Bundestag (Stand Mai 2019) einen Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „zur Beendigung des Betriebs von Braunkohlekraftwerken“ (19/9920) sowie einen Antrag der AfD-Fraktion mit dem Titel „Aussetzung des Ausstiegs aus der Kohleverstromung, bis alternative Energien grundlastfähig sind und jederzeit bedarfsgerecht eingespeist werden können“ (19/9963). Dazu [kommt] ein Antrag der Grünen mit dem Titel „Die Europäische Union zur Klimaschutz-Union machen“.“

Quelle: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2019/kw19-de-braunkohlekraftwerke-635428>; Stand 19.05.2019

Die Kontroverse wird uns sicherlich noch in den nächsten Monaten und Jahren nachhaltig beschäftigen, da sie zukunftsweisend für Deutschlands Wirtschaft und Umweltschutz ist.